

BEWERBUNGSBEDINGUNGEN¹

1 Allgemeine Bewerbungsbedingungen

1.1 Vergabeunterlagen

Die Vergabestelle stellt sämtliche, für dieses Vergabeverfahren relevanten Unterlagen, unentgeltlich, uneingeschränkt, vollständig und direkt abrufbar auf der elektronischen Vergabeplattform bereit (§ 41 VgV). Die für das Angebotsverfahren erforderlichen Unterlagen erhalten nur die zur Angebotsabgabe aufgeforderten Bewerber.

1.2 Kosten des Verfahrens

Auf die Kostenregelung in § 77 VgV wird hingewiesen. Die Bietenden haben ihren Aufwand zur Erstellung des Teilnahmeantrages/Angebotserstellung grundsätzlich so zu bemessen, dass keine Entschädigungspflicht des Auftraggebers begründet wird (§ 77 Abs. 2-3 VgV). Insbesondere erwartet der Auftraggeber über die geforderten Unterlagen zum Teilnahmeantrag/Angebotsunterlagen hinaus keine sonstigen Unterlagen.

1.3 e-Vergabe

Das gesamte Verfahren inkl. Kommunikation wird ausschließlich elektronisch über eine e-Vergabeplattform abgewickelt.

Die Angebote sind ausschließlich elektronisch über diese Vergabeplattform einzureichen. Dies erfordert eine kostenfreie Registrierung. Wenn Sie sich registriert haben, werden Sie aktiv informiert, sobald eine neue Version der Unterlagen von der Vergabestelle veröffentlicht wird oder sobald die Vergabestelle neue Nachrichten zum Verfahren verschickt.

Das e-Vergabeverfahren erfordert keine Unterschrift und keine Signatur. Die Identität des Bieters/Bietergemeinschaft ergibt sich aus den Kopfangaben dieses Angebotsbogens, auch wenn von dem Bieter/Bietergemeinschaft ein fremder Account bei der Vergabeplattform genutzt wird.

1.4 Mitteilung von Unklarheiten in den Vergabeunterlagen

Enthalten die Vergabeunterlagen nach Auffassung des Unternehmens Unklarheiten, Unvollständigkeiten oder Fehler, so hat es unverzüglich die Vergabestelle vor Angebotsabgabe in Textform darauf hinzuweisen.

1.5 Unzulässige Wettbewerbsbeschränkungen

¹ Gender-Hinweis: Zur besseren Lesbarkeit wird in diesem Formular das generische Maskulinum verwendet. Die in diesem Formular verwendeten Personenbezeichnungen beziehen sich – sofern nicht anders kenntlich gemacht – auf alle Geschlechter. Die Bezeichnung „Bieter“ gilt auch für Bewerber in zweistufigen Verfahren, wenn keine anderweitige Regelung getroffen ist.

Angebote von Bietern, die sich im Zusammenhang mit diesem Vergabeverfahren an einer unzulässigen Wettbewerbsbeschränkung beteiligen, werden ausgeschlossen. Zur Bekämpfung von Wettbewerbsbeschränkungen hat der Bieter auf Verlangen Auskünfte darüber zu geben, ob und auf welche Art er wirtschaftlich und rechtlich mit Unternehmen verbunden ist.

1.6 Vertraulichkeit der Informationen

Es wird darauf hingewiesen, dass sämtliche zur Verfügung gestellten Unterlagen vertraulich zu behandeln sind und ausschließlich für die Zwecke dieses Verfahrens verwendet werden dürfen, soweit sie nicht öffentlich zugänglich oder bekannt sind oder ohne Mitwirkung der Verfahrensbeteiligten bekannt werden.

Eine Weitergabe der zur Verfügung gestellten Unterlagen an Dritte ohne ausdrückliche Zustimmung des Auftraggebers ist nicht erlaubt.

Falls sich aufgeforderte Bietende entschließen kein Angebot abzugeben, sind sie verpflichtet, die überlassenen Vergabeunterlagen einschließlich etwa hergestellter Kopien zu löschen.

1.7 Teilnahmeantrag und Angebot

- 1.7.1 Teilnahmeantrag und Angebot sind in deutscher Sprache abzufassen.
- 1.7.2 Für den Teilnahmeantrag und das Angebot sind die von der Vergabestelle vorgegebenen Vordrucke zu verwenden. Teilnahmeantrag und Angebot sind bis zu dem von der Vergabestelle angegebenen Ablauf der Teilnahme-/Angebotsfrist einzureichen. Ein nicht form- oder fristgerecht eingereichter Teilnahmeantrag bzw. Angebot wird ausgeschlossen.
- 1.7.3 Unterlagen, die von der Vergabestelle nach Angebotsabgabe verlangt werden, sind zu dem von der Vergabestelle bestimmten Zeitpunkt einzureichen.
- 1.7.4 Alle Eintragungen müssen dokumentenecht sein.
- 1.7.5 Ein Bieter, der in seinem Angebot die von ihm tatsächlich für einzelne Leistungspositionen geforderten Einheitspreise auf verschiedene Einheitspreise anderer Leistungspositionen verteilt, benennt nicht die von ihm geforderten Preise. Deshalb werden Angebote, bei denen der Bieter die Einheitspreise einzelner Leistungspositionen in „Mischkalkulationen“ auf andere Leistungspositionen umlegt, von der Wertung ausgeschlossen.
- 1.7.6 Alle Preise sind in Euro mit höchstens zwei Nachkommastellen anzugeben.
- 1.7.7 Die Preise (Einheitspreise, Pauschalpreise, Verrechnungssätze usw.) sind ohne Umsatzsteuer anzugeben. Der Umsatzsteuerbetrag ist unter Zugrundelegung des geltenden Steuersatzes am Schluss des Angebotes hinzuzufügen.
- 1.7.8 Es werden nur Preisnachlässe gewertet, die ohne Bedingungen als Vomhundertsatz auf die Abrechnungssumme gewährt werden und an der im Angebotsschreiben bezeichneten Stelle aufgeführt sind. Nicht zu wertende Preisnachlässe bleiben Inhalt des Angebotes und werden im Fall der Auftragserteilung Vertragsinhalt.

1.8 Nebenangebote, weitere Hauptangebote

Nebenangebote und weitere Hauptangebote sind unzulässig.

1.9 Bietergemeinschaften

- Die Bietergemeinschaft hat mit ihrem Teilnahmeantrag bzw. Angebot eine Erklärung aller Mitglieder in Textform abzugeben,
 - in der die Bildung einer Arbeitsgemeinschaft im Auftragsfall erklärt ist,
 - in der alle Mitglieder aufgeführt sind und der für die Durchführung des Vertrags bevollmächtigte Vertreter bezeichnet ist,

- dass der bevollmächtigte Vertreter die Mitglieder gegenüber dem Auftraggeber rechtsverbindlich vertritt,
 - dass alle Mitglieder als Gesamtschuldner haften.
 - Auf Verlangen der Vergabestelle ist eine von allen Mitgliedern unterzeichnete bzw. fortgeschritten oder qualifiziert signierte Erklärung abzugeben.
- Sofern nicht im offenen Verfahren ausgeschrieben wird, werden Angebote von Bietergemeinschaften, die sich erst nach der Aufforderung zur Angebotsabgabe aus aufgeforderten Unternehmen gebildet haben, nicht zugelassen.

1.10 Kapazitäten anderer Unternehmen (Unteraufträge, Eignungsleihe)

- Beabsichtigt der Bieter, Teile der Leistung von anderen Unternehmen ausführen zu lassen (Unterauftrag) so muss er die hierfür vorgesehenen Leistungen/Kapazitäten in seinem Teilnahmeantrag/Angebot benennen. Der Bieter hat auf Verlangen der Vergabestelle zu einem von ihr bestimmten Zeitpunkt nachzuweisen, dass ihm die erforderlichen Kapazitäten der anderen Unternehmen zur Verfügung stehen und diese Unternehmen geeignet sind.
- Beabsichtigt der Bieter, sich bei der Erfüllung eines Auftrages im Hinblick auf die erforderliche wirtschaftliche, finanzielle, technische oder berufliche Leistungsfähigkeit anderer Unternehmen zu bedienen (Eignungsleihe) so hat er mit dem Teilnahmeantrag/Angebot die vorgesehenen Leistungen zu benennen und nachzuweisen, dass ihm die erforderlichen Kapazitäten der anderen Unternehmen zur Verfügung stehen und diese Unternehmen geeignet sind. Er hat den Namen, den gesetzlichen Vertreter sowie die Kontaktdaten dieser Unternehmen anzugeben und entsprechende Verpflichtungserklärungen dieser Unternehmen vorzulegen.
- Beabsichtigt der Bieter für die Auftragsdurchführung erforderliche Mitarbeiter nach Abgabe des Teilnahmeantrages/Angebotes einzustellen, so dass diese spätestens zum Zeitpunkt der Leistungserbringung zur Verfügung stehen, ist für jeden dieser Mitarbeiter das Formular „Verpflichtungserklärung Eignungsleihe“ einzureichen.
- Nimmt der Bieter in Hinblick auf die Kriterien für die wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit im Rahmen einer Eignungsleihe die Kapazitäten anderer Unternehmen in Anspruch, müssen diese gemeinsam für die Auftragsausführung haften; die Haftungserklärung ist gleichzeitig mit der Verpflichtungserklärung abzugeben.
- Der Bieter hat andere Unternehmen, bei denen Ausschlussgründe vorliegen oder die das entsprechende Eignungskriterium nicht erfüllen, innerhalb einer von der Vergabestelle gesetzten Frist zu ersetzen.

1.11 Eignung

- Unternehmen haben als Nachweis der Eignung für die zu vergebende Leistung mit dem Angebot
- entweder die in der Auftragsbekanntmachung oder der Aufforderung zur Interessensbestätigung angegebenen Unterlagen (Eigenerklärungen, Angaben, Bescheinigungen und sonstige Nachweise)
 - oder eine Einheitliche Europäische Eigenerklärung (EEE) als vorläufigen Nachweis vorzulegen.
- Bei Einsatz von anderen Unternehmen sind auf gesondertes Verlangen die Unterlagen/die EEE auch für diese abzugeben. Im Falle der Eignungsleihe sind diese Unterlagen ohne gesonderte Aufforderung mit dem Teilnahmeantrag/Angebot vorzulegen.
- Gelangt das Angebot in die engere Wahl, sind Eigenerklärungen (auch die der benannten anderen Unternehmen) auf gesondertes Verlangen durch Vorlage geeigneter Nachweise

zu bestätigen. Bescheinigungen, die nicht in deutscher Sprache abgefasst sind, ist eine Übersetzung in die deutsche Sprache beizufügen.

- Beruft sich das Unternehmen zum Nachweis der Eignung auf eine vorliegende Präqualifikation hat es zu prüfen – und auf Aufforderung des Auftraggebers nachzuweisen – ob die Anforderungen an die bestehende Präqualifikation und die im konkreten Einzelfall geforderten Eignungsnachweise deckungsgleich sind.

1.12 Präsentationstermin

Im Falle eines Präsentationstermins (vor Ort oder als Videokonferenz) wird zum Zweck der Dokumentation und Auswertung eine Audio-/Videodatei aufgezeichnet und gespeichert. Der Bieter erklärt sich mit dieser Vorgehensweise einverstanden und stellt die Zustimmung seiner Mitarbeiter, die am Präsentationstermin teilnehmen, sicher.

2 Besondere Bewerbungsbedingungen für dieses Verfahren

- Newcomer sind zum Verfahren nicht zugelassen.
- Der Zuschlag auf das Erstangebot ohne Eintritt in Verhandlungen bleibt vorbehalten.
- Die Abwicklung der Verhandlungen in verschiedenen aufeinanderfolgenden Phasen mit Reduzierung der Angebote, über die verhandelt wird, bleibt vorbehalten.

3 Rechtsschutz

Zuständige Vergabekammer:

Vergabekammer Rheinland-Pfalz
Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau
- Geschäftsstelle - Sonja Baumhardt
Stiftsstraße 9, 55116 Mainz
Telefon: +49 6131-16-2234
Fax: +49 06131-16-2113
E-Mail: vergabekammer.rlp(at)mwwlw.rlp.de

Hinweis: Im Falle eines Nachprüfungsverfahrens kann den Beteiligten durch die Rechtsschutzinstanzen Akteneinsicht in die Vergabeakte gewährt werden. In Ergänzung von § 165 Abs. 3 GWB wird empfohlen, die Teile des Teilnahmeantrages/Angebotes kenntlich zu machen, die aus wichtigen Gründen, insbesondere des Geheimschutzes oder zur Wahrung von Betriebs- oder Geschäftsgeheimnissen, von der Akteneinsicht ausgenommen werden sollen. Die pauschale Kenntlichmachung des gesamten Teilnahmeantrages/Angebotes als Geheimschutz/Betriebs-/Geschäftsgeheimnis ist nicht zulässig. Die Kenntlichmachung ist für die Rechtsschutzinstanzen nicht verbindlich.

ENDE